

390/J

A n f r a g e

der Abg. Geisslinger, Prinke, Lakowitsch, Machunze, Mayrhofer und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend die Strafrechtspflege.

-.-.-

Die unterzeichneten Abgeordneten haben Kenntnis erhalten, dass Dr. Ludwig Haydn, Rechtsanwalt in Wien I, massgeblicher Miteigentümer der "Wiener Wochenausgabe", somit jener Zeitung, die seit Sommer 1950 in sensationeller Aufmachung Angriffe gegen den ehemaligen Minister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung Dr. Peter Krauland fortlaufend veröffentlichte, in einem gegen ihn beim Landesgericht für Strafsachen in Wien zur Zahl 26 d Vr 1476/51, 7 St 3631/51 anhängig gewesenen Verfahren bei seiner Beschuldigtenvernehmung am 10.10.1951 u.a. folgendes wörtlich zu Protokoll gab:

"Als die Aktion (gegen Dr. Krauland) startete, begab ich mich persönlich zu Herrn Justizminister Tschadek, um mit ihm zu besprechen, was gegen Krauland unternommen werden solle. Er verwies mich an Herrn Oberstaatsanwalt Douba, mit dem ich wiederholte Besprechungen hatte
. Herr Oberstaatsanwalt Douba verwies mich an Staatsanwalt Dr. ^{Mayer}, bei dem ich einmal war."

Durch Presseveröffentlichungen wurde bekannt, dass der Untersuchungsrichter im Strafverfahren gegen Krauland, Landesgerichtsrat Dr. Friedrich Loithe, mit der Gattin des vorerwähnten Rechtsanwaltes Dr. Haydn, die eine geborene Loithe ist, verwandt ist, weshalb er sich am 28. I. 1952, somit nach über zweimonatiger Tätigkeit, selbst für befangen erklärte und die Führung der Untersuchung zurücklegte.

-.-.- -.-.-

Beiblatt 3 a Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Februar 1952

Die auf dem 3. Beiblatt begonnene Anfrage der Abg. G e i s s l i n g e r und Genossen (390/J) hat folgende Fortsetzung:

=====

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Herrn Bundesminister für Justiz die

A n f r a g e

a) ob es richtig ist, dass der Herr Bundesminister für Justiz anlässlich des Beginnes der gegen Dr. Krauland gerichteten Angriffe der "Wiener Wochen- ausgabe" mit deren Miteigentümer Dr. Ludwig Haydn Besprechungen darüber abhielt, was gegen Dr. Krauland unternommen werden solle,

b) ob der Staatsanwalt Dr. Mayer, mit dem Dr. Ludwig Haydn über Anraten des Herrn Bundesministers für Justiz bzw. des Oberstaatsanwaltes Dr. Douda im Zusammenhang mit der Einleitung von Presseangriffen gesprochen haben will, ident ist mit jenem Staatsanwalt Dr. Mayer, der im Strafverfahren gegen Dr. Peter Krauland die Anklagebehörde vertritt,

c) ob der Herr Bundesminister für Justiz bereit ist, Massnahmen zu treffen, die geeignet sind, künftighin zu verhindern, dass ein befangener Richter monatelang eine Voruntersuchung führt.

Beiblatt 3 a Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 13. Februar 1952